EP-W-01-1069

A – Was Wohlstand schützt

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Horst Grummich (KV Leipzig)

Änderungsantrag zu EP-W-01

Von Zeile 1069 bis 1070 einfügen:
Ja, wir, Bündnis 90/Die Grünen, wollen auch für Tiere konsequenter Partei ergreifen! Wir haben eine besondere Verantwortung für Tiere in menschlicher Obhut. Wir wollen, dass

Begründung

Sehr gut, dass wir bereits im A-Kapital des Entwurfes zum Eurowahlprogramms von Tierschutz reden! Nur … dies sollte, und muss wohl heutzutage, auch begrifflich, noch ambitionierter und viel nachdrücklicher geschehen; vor allem, wenn dieses überaus wichtige und richtige politische Botschaft, für mehr Tierschutz, wirklich überzeugend und gleichermaßen zeitgemäß der Wählerschaft gegenüber zum Ausdruck gebracht werden soll. Expressis verbis steht doch schon im Entwurf des Bundesvorstandes, „Europäer*innen wollen Tierschutz“!

Insofern sollten wir also nicht mehr nur mit Absichtsbekundungen daherkommen, sondern eben auch der Bevölkerung ganz klar und einfach sagen, dass wir, Bündnis 90/Die Grünen, mit all unserer Kraft, tatsächlich gleichfalls für Tiere konsequent Partei ergreifen wollen und werden. Eine derart formulierte Textpassage wäre zumindest schon mal ein ausgesprochenes Alleinstellungsmerkmal unserer Partei gegenüber den anderen politischen Bewerbern und ... daher sicher kein Nachteil!

Außerdem ist diese deutliche Bekundung, zu mehr Tierschutz, gewiss auch eine Art Richtschnur für all unsere Amts- wie Mandatsträger, in ihrem jeweiligen politischen Handeln, zukünftig Tierschutz immer mit zu bedenken. Vertrauen bei den Menschen zu gewinnen, geht nicht selten mit realer Verantwortungsübernahme einher. Und von Verantwortung spricht doch der Vorstand hier im Zusammenhang mit Tieren ebenso ...

Vor allem aber - und das passt einfach nicht mehr in und zu einem modernen Europa 2023: - Leider, leider geschieht immer noch, im Grunde tagtäglich und noch dazu überflüssige, unsägliches Leid an tausenden von Tieren in Deutschland wie dem ganzem Kontinent. Unglaubliche Fälle sogar massivster Tierquälerei. Renommierte Medien berichten fast wöchentlich. Hier nur 2 Beispiele:

Ende letzten Jahres in einer Sendung von Report Mainz, belegte Praktiken, wie norddeutsche(!) Rinder lebend erst nach Spanien verfrachtet werden, um sie hernach mit dem Schiff, unter weiteren, tagelangen Torturen, in den Libanon zu verbringen, wo ihnen dann, ohne Betäubung, Messer in den Hals gerammt werden ... mit der Folge des Ausblutens über viele Minuten hinweg - mithin ein absolut qualvoller Tod, von großer Zeitdauer, für Säugetieren. Inwieweit hier Staatsanwaltschaften überhaupt ermitteln, ist nicht nur ein Fragezeichen; dass aber endlich angemessene Urteile erfolgen für Tierquälerei - dies sollte man in europäischen Rechtsstaaten erwarten dürfen.

Und ein weiterer Beitrag der ARD dokumentierte erst unlängst, was fehlende Veterinär-Aufsicht für Tiere oftmals an bestialischen Qualen mit sich bringt. Konkret ging es hier um einen an sich harmlos wirkenden Begriff der Ausstallung, sprich den Weg, von am Boden, in Masse gehaltenen

Masthühnchen zum Schlachter. Von sog. Fangkolonnen wird das ohnehin schon ein Leben lang malträtierten Federvieh mit massiver Gewalt in Transportboxen gezwängt. Und was da hörbar laufend knackt, ist nicht der Gang über ein Stoppelfeld, sondern das dutzendweise Durchbrechen von Hühnerbeine, weil eben schon verletzt und kaum noch bewegungsfähige Tiere, unter die Tritte der Fänger geraten. Bereits für tot gehaltene Hähnchen, werden zudem beim Einsammeln mit Metallstangen aufgespießt. Bilder zeigen jedoch, einige der Tiere leben noch.

Dies alles, diese eklatanten Missstände und die „Lust am Quälen“, wie es Experten schon bezeichnen, geschah und geschieht aber nicht etwa in einer fernen Vergangenheit, sondern halt jetzt, 2022/23, in einer Zeit also, wo wir selber, in einzelnen Bundesländern, wie sogar dem Bund, mit in der Regierung sind. Vorwürfe und jammern hilft aber den Tieren kaum. Stattdessen sind wir, als Partei, wohl vielmehr gehalten, den Tierschutz insgesamt weiter nach oben zu setzen. Das sollte unsere verantwortlichen Minister*innen eher stärken, ihre div. Pläne zur Besserung schneller durchsetzen zu können.

Und wenn grüne Politik tatsächlich als Sieger vom Platz gehen soll, dann kommen wir ja, schon redlicher Weise, gar nicht umhin, auch jene ca. 14, 5 Prozent aller Treibhaus- respektive Schadstoffgase stärker mit ins Auge zu nehmen, die, lt. Berechnungen der UN, weltweit(!) allein auf die Massentierhaltung zurückzuführen sind. Hinzukommende Bodenzerstörung durch Überdüngung sowie Regenwaldrodungen und der enorme Wasserverbrauch, um ein Kilo Fleisch herzustellen, sind in diesem Kontext noch nicht mal benannt, wie ebenso das dramatische Artensterben.

Wie oft reden wir aber heuer noch bspw. von Nutztieren? Von welchem Nutzen? In Wahrheit sind es Lebewesen! Mit anderen Worten, die einzig anderen Wesen auf unserem Planeten, neben uns Menschen, und halt ebenso mit Gefühlen und Empfindungen ausgestattet, wie wir. Fällt da der Begriff von Nutztieren nicht gleichsam völlig mit aus der Zeit? Was, bitte, sollen auch nachfolgende Generationen über uns denken, unserer Moral, wenn wir nicht langsam begreifen, dass wir nun endlich auch für Tiere konsequent mit Partei ergreifen müssen. So viele Menschen in ganz Europa warten genau darauf. Setzen wir dieses Signal - und zwar jetzt!

gez.: H. Grummich

weitere Antragsteller*innen

Jessica Wullinger (KV Leipzig); Antje Kammermeier (KV Leipzig); Stefan Dressel (KV Leipzig); Jan Gimkiewicz (KV Leipzig); Quentin Kügler (KV Leipzig); Rainer Müller (KV Leipzig); Ulrike Stutz (KV Leipzig); Elisabeth Grafe (KV Leipzig); Stanislav Elinson (KV Leipzig); Dietmar Scholz (KV Leipzig); Claudia Freytag (KV Leipzig); Ulrike Böhm (KV Leipzig); Nora Wolf (LV Grüne Jugend Sachsen); Philipp Schmagold (KV Plön); Sandra Deutschbein (KV Stade); Anja Abate (KV Berlin-Kreisfrei); Thorben Thieme (KV Neuwied); Elisabeth Petras (KV Hamburg-Nord); Melvin Lasse Geib Caballero (KV Landau); sowie 34 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.